



zukunftsforum  
**familie** e.v.

# **Sachbericht zur Vorlage im BMFSFJ**

## **Zuwendungszeitraum 03-12/2023 und 01-02/2024**

Zukunftsforum Familie e.V.

Michaelkirchstraße 17/18

10179 Berlin

Tel.: 030 2592728-20

Fax: 030 2592728-60

[info@zukunftsforum-familie.de](mailto:info@zukunftsforum-familie.de)

[www.zukunftsforum-familie.de](http://www.zukunftsforum-familie.de)

# I. Übersicht: Ziele, Schwerpunkte und Aktivitäten im Zuwendungszeitraum März 2023 – Februar 2024

Das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) hat sich auch im Berichtsjahr entsprechend seiner in der Satzung selbstgesetzten Zielen für eine solidarische, demokratische, kindbezogene und geschlechtergerechte Familienpolitik eingesetzt, welche wir als politische Querschnittsaufgabe verstehen. Mitglieder, Vorstand und Geschäftsstelle hatten dabei insbesondere folgende Schwerpunkte im Blick:

## A. Thematische Schwerpunkte

1. Familienstartzeit
2. Selbstbestimmungsgesetz
3. Kinder- und Familienarmut: Die Ausgestaltung der Kindergrundsicherung im Mittelpunkt
4. Kampagne „Die Letzte macht das Licht aus. Stoppt den Sparhaushalt“
5. Fachtagung „Familie und Familienpolitik in Zeiten des Umbruchs! Wie muss eine zukunftsfähige Familienpolitik aufgestellt sein?“
6. Reformen im Familienrecht: Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht

## B. Innerverbandliche Weiterentwicklung:

7. Mitgliederbetreuung
8. Personalentwicklung

## C. Weitere Schwerpunkte der Arbeit

9. Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung
10. Austausch mit politischen Akteur\*innen
11. Vorbereitung der Fachtagung „Ohne Netz und doppelten Boden: Drahtseilakt Familie mit pflegebedürftigen Kindern“
12. Regelmäßige Veröffentlichung des Newsletters „ZFF-Info“
13. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

## D. Weitere Aktivitäten

14. Zusammenarbeit mit weiteren Akteur\*innen
15. Teilnahme an Veranstaltungen

## II. Detaillierte Darstellung der Aktivitäten im Zuwendungszeitraum zur Umsetzung der Ziele

Zur Umsetzung der Ziele hat das ZFF diverse Strategien verfolgt:

- Der **Austausch mit den Mitgliedern** des ZFF stellt die inhaltliche Arbeit und unsere Positionen immer wieder auf den Prüfstand und bringt neue Perspektiven ein, gleichzeitig verbessert dieses Instrument die Mitgliederbindung.
- Wir geben unserem Engagement in **Bündnissen, Fachausschüssen, Arbeitskreisen, Arbeitsgruppen und dem engen Austausch mit weiteren Familien- und Sozialverbänden** einen hohen Stellenwert in unserem Arbeitsalltag, weil es die Gelegenheit bietet Ansätze breit zu diskutieren und weiteres Wissen aufzubauen.
- Die intensive Auseinandersetzung mit Gesetzesvorhaben durch die Erarbeitung von **Stellungnahmen** haben das ZFF in verschiedenen Themenfeldern eindeutig verortet und als Gesprächspartner für Politik, Fachöffentlichkeit und Mitglieder erneut hervorgehoben.
- Die **Fachtagung** leistet einen großen Beitrag dazu, Wissen aufzubauen und politische Handlungsansätze in und mit der Fachöffentlichkeit zu diskutieren.
- Wir nutzen sogenannte Posts in den Sozialen Medien, aber auch Pressemitteilungen als unsere Hauptinstrumente der **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**, um unsere inhaltlichen Einschätzungen und langfristige Positionierungen des ZFF einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und auf das ZFF aufmerksam zu machen.
- Seit vielen Jahren betreiben wir den regelmäßig erscheinenden **Newsletter „ZFF-Info“**, der mittlerweile eine enorme Tragweite erreicht hat. Angefangen von Mitgliedern über politische Entscheidungsträger\*innen bis hin zu einer Vielzahl von Akteur\*innen der Fachöffentlichkeit, die wir mit den Newsletter über aktuelle familienpolitische Entwicklungen informieren und auch hierüber das ZFF als Akteur Sichtbarkeit verschaffen.

**Aktivitäten waren im Einzelnen:**

### A. Thematische Schwerpunkte

#### 1. Familienstartzeit

Im Koalitionsvertrag wurde die Einführung einer zweiwöchigen vergütete Freistellung für den nicht-gebärenden Elternteil – bzw. bei Alleinerziehenden einer weiteren Person – versprochen. Im Frühjahr 2023 wurde ein Referentenentwurf geleakt, der seither die interne Ressortabstimmung nicht verlässt. Dort wird ersichtlich, dass diese sogenannte Familienstartzeit als Teil des Mutterschutzgesetzes konzipiert wird und so durch die U2-Umlage von den Arbeitgeber\*innen finanziert wird. Das ZFF hat dies als folgerichtig bewertet, da die Familienstartzeit neben gleichstellungspolitischen Aspekten vor allem den Schutz der Gebärenden in der sensiblen Phase nach der Geburt fördert.

Im Rahmen des Bündnis Sorgearbeit fair teilen haben wir uns wiederholt zu der Familienstartzeit positioniert und eine schnelle Umsetzung gefordert, immer auch im Kontext der weiteren versprochenen gleichstellungspolitischen Maßnahmen, wie einem zusätzlichen Partnermonat im Elterngeld. Als ZFF haben wir an diesen Positionierungen aktiv mitgearbeitet. Die Aktivitäten des Bündnisses haben wir auf den offenen Medien begleitet.

Ein gewichtiger Stolperstein bei der Umsetzung der Familienstartzeit scheint der Widerstand der FDP zu sein, die sich auf die Ablehnung von Arbeitgeberverbänden stützt. Das Argument ist, dass die Wirtschaft nicht weiter belastet werden soll. Aus diesem Grund hat sich das ZFF entschieden,

einen neuartigen Zusammenschluss aus Akteur\*innen der Zivilgesellschaft und Wirtschaft, insb. Unternehmen, zu schmieden, um diesem Narrativ etwas entgegenzusetzen. Mit der Vorbereitung eines gemeinsamen Offenen Briefes wurde bereits im Berichtszeitpunkt begonnen. Es wurden insbesondere Unternehmen angesprochen, die bereits mutig vorangehen und Freistellungen aus eigener Tasche bezahlen, ebenso wie kleinere Unternehmen, die dazu nicht in der Lage sind.

## 2. Selbstbestimmungsgesetz

Ende August 2023 hat das Kabinett den Gesetzentwurf zum Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet. Das ZFF begrüßte grundsätzlich das Vorhaben. Denn Selbstbestimmung ist ein Grundrecht, das allen zustehen muss. Durch ein Selbstbestimmungsgesetz erhalten Menschen das Recht, ohne Gerichtsverfahren und Zwangsbegutachtung den Geschlechtseintrag zu wählen, der ihrer tatsächlichen Identität entspricht. Trotzdem kritisierte das ZFF in seinen Stellungnahmen zum Referent\*innenentwurf und zum Gesetzesentwurf einige der vorgesehenen Regelungen. Insbesondere stießen die vielen Formulierungen und Vorschläge, die Misstrauen gegen trans\*, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen schüren, auf Ablehnung. So sollte u. a. das Offenbarungsverbot durch die Übermittlung an Sicherheitsbehörden ausgehöhlt werden, was letztlich nicht zuletzt aufgrund des zivilgesellschaftlichen Widerstands verhindert wurde. Zudem wird der Zugang für abgelehnte Asylbewerber\*innen und im Verteidigungsfall eingeschränkt und Jugendlichen ab 14 Jahren die Kompetenz abgesprochen, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund unterstützte das ZFF auch als Erstunterzeichnerin die feministische Petition „Diskriminierung & Misstrauen raus aus dem Selbstbestimmungsgesetz!“. Auf den Sozialen Medien begleitete das ZFF das Verfahren und beteiligte sich weiter an einer gemeinsamen Aktion des LSVD. Das Gesetzgebungsverfahren war bis zum Ende des Berichtszeitraums noch nicht abgeschlossen.

## 3. Kinder- und Familienarmut: Die Ausgestaltung der Kindergrundsicherung im Mittelpunkt

Die Debatte um die Kindergrundsicherung hatte das ZFF den ganzen Berichtszeitraum fest im Griff. Seitdem Mitte Januar 2023 ein Entwurf über Eckpunkte aus dem BMFSFJ bekannt wurde, der ein Konzept für die Kindergrundsicherung vorlegte, gab es viele intensive Gespräche mit Abgeordneten des Bundestages, mit Vertreter\*innen der Bundesregierung sowie mit Verbänden, um unsere Position klar zu machen: Eine Kindergrundsicherung bekämpft nur dann Armut und Chancenlosigkeit, wenn sie eine armutsfeste Höhe auf Grundlage der Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums beinhaltet und automatisch ausgezahlt wird. Wir begleiteten den Prozess zudem über die Sozialen Medien sowie in der überregionalen Presse. Nachdem Uneinigheiten innerhalb der Ampelkoalition laut wurden, veröffentlichte das ZFF im Frühjahr 2023 gemeinsam mit dem AWO Bundesverband einen Offenen Brief an BM Lindner, in dem wir ihn aufforderten seine Blockadehaltung aufzugeben und zusätzliches Geld für die Kindergrundsicherung bereitzustellen. Nachdem im Frühsommer immer noch kein Referentenentwurf vorlag, haben wir angesichts des Stillstands bei der Ausarbeitung einer Kindergrundsicherung gemeinsam mit weiteren Organisationen Bundesarbeitsminister Hubertus Heil aufgefordert, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Neudefinition des kindlichen Existenzminimums endlich anzugehen und so den Weg für eine armutsfeste Reform der Familienförderung freizumachen. Im Spätsommer 2023 wurde uns der Referentenentwurf zur Einführung einer Kindergrundsicherung endlich zugeleitet, zudem das ZFF auch fristgerecht eine Stellungnahme eingereicht hat. Im Herbst 2023 wurde endlich der Referentenentwurf im Kabinett verabschiedet. Auch zum Gesetzentwurf hat das ZFF daraufhin eine Stellungnahme veröffentlicht. Auch wenn der Gesetzentwurf an einigen Stellen Wege zur Lichtung des Familienförderdschungels aufweist, ist er das unausgegrenzte Ergebnis politischen Streits, der das Ziel aus dem Blick verloren

hat. Das ZFF fordert deshalb mit Nachdruck neben einer ausreichenden und armutsvermeidenden Höhe der neuen Leistung, die Vermeidung von Doppelstrukturen, mehrfacher Antragsstellung und auch ein Ende der Bevorteilung von vermögenden Eltern durch die Kinderfreibeträge. Zudem ist eine #EchteKindergrundsicherung eine Leistung für alle Kinder, weshalb der Ausschluss von Kindern im Asylbewerberleistungsbezug nicht akzeptabel ist. Um gerade beim letzten Punkt nochmal politischen Druck auszuüben, publizierte das ZFF gemeinsam mit insgesamt 23 Organisationen ein Statement, um erneut politischen Druck auszuüben: „Alle Kinder haben dieselben Rechte – Kindergrundsicherung muss auch Geflüchtete einschließen“.

Es folgten Gespräche mit den Berichtersteller\*innen, die im weiteren parlamentarischen Verfahren den Entwurf diskutieren. Im Zuge dieser Gespräche sowie der Expert\*innenanhörung wurde ein unausgereifter und kritikwürdiger Vorschlag immer lauter: Kinder, die Bürgergeld beziehen, sollen nicht – wie alle anderen Kinder – vom neuen Familienservice (der im Zuge der Kindergrundsicherung aus der Familienkasse heraus geschaffen werden soll) betreut werden, sondern weiterhin beim Jobcenter vorstellig werden. Um zu verhindern, dass Kinder im SGB II wie Kinder zweiter Klasse behandelt werden, haben wir Ende letzten Jahres ein Forderungspapier „Kinder raus aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende!“ veröffentlicht und an alle zentralen Akteur\*innen verschickt.

Bis zum Ende des Berichtszeitraums waren die Berichtersteller\*innengespräche immer noch nicht beendet, bleibt abzuwarten, ob die erste Auszahlung noch wie angekündigt im Jahr 2025 geschehen wird.

Auf der Sonderkonferenz der AWO im April 2023 beschäftigten sich die Delegierten ebenfalls mit dem Thema Armut von Kindern und Jugendlichen und so verabschiedete die AWO gemeinsam mit dem ZFF und dem Bundesjugendwerk der AWO die Resolution „Solidarität mit Kindern und Jugendlichen – massiv in soziale Sicherung, Bildung und Infrastruktur investieren – jetzt!“ Darin rufen wir die Bundesregierung zu einer Trendwende bei der Finanzierung zentraler kinder- und familienpolitischer Vorhaben auf und fordern Investitionen in die soziale Sicherung sowie die Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Der Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ im Rahmen der „Europäischen Garantie für Kinder“ liegt nun vor. Gemeinsam mit weiteren Familienverbänden innerhalb der AGF haben wir uns dazu in einer umfangreichen Stellungnahme geäußert. Zwar begrüßen wir, dass nun endlich ein Nationaler Aktionsplan vorliegt, bedauern jedoch, dass er weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist und nicht – wie erhofft, substanzielle Fortschritte in den einzelnen Themenbereichen für die Teilhabemöglichkeiten von benachteiligten Kindern anstößt, sondern sich auf Aufzählungen bereits vorhandenen Maßnahmen beschränkt.

Das ZFF hielt darüber hinaus auch im Jahr 2023 Vorträge zum Thema Kindergrundsicherung und Kinderarmut - etwa beim Berliner Familienbeirat und der Heinrich-Böll-Stiftung.

#### 4. Kampagne „Die Letzte macht das Licht aus. Stoppt den Sparhaushalt“

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024, der im Sommer 2023 ins parlamentarische Verfahren ging, sieht einen Kahlschlag im sozialen Bereich vor. In den Feldern, die die Finanzierung von Programmen und Diensten für unsere Zielgruppe – Kinder, Jugendliche und Familien – betreffen, waren insgesamt Kürzungen in Höhe von 25 Prozent geplant. Gemeinsam mit dem AWO Bundesverband und dem Bundesjugendwerk der AWO erhoben wir im Rahmen der Kampagne „Die Letzte macht das Licht aus. Stoppt den Sparhaushalt“ gegen die Kürzungspläne unsere Stimme: sachlich, politisch, laut. Wir wollten zeigen, was durch die Sparmaßnahmen des geplanten Haushalts auf dem Spiel steht. Unter dem Slogan „Die Letzte macht das Licht aus“ machen wir deutlich, dass mit der

Austeritätspolitik der Bundesregierung buchstäblich das Licht ausgeht – und zwar bei unseren Mitgliedern und deren sozialen Diensten und Einrichtungen. In Form von verschiedenen Aktionen wie einer Petition, Initiativen in den Sozialen Medien, aber auch auf einer gemeinsamen Kundgebung vor dem Bundestag brachten wir unsere Forderungen vor und die vielen guten Argumente gegen den Sparhaushalt.

#### 5. Fachtagung „ZFF-Fachtagung: „Familie und Familienpolitik in Zeiten des Umbruchs! Wie muss eine zukunftsfähige Familienpolitik aufgestellt sein?“

Ziel unserer Fachtagung war es, ein umfassendes Bild der Situation von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien der letzten Jahre zu zeichnen und gemeinsam mit ihnen Vorschläge zu erarbeiten, wie die Resilienz von vielfältigen Familien gestärkt werden kann. Dabei konnten wir auf wissenschaftliche Erkenntnisse, auf den Austausch mit Jugendlichen und den Erfahrungen unserer Mitgliedsorganisationen aus der täglichen Arbeit mit und für Familien aufbauen. Es wurden rund 80 Teilnehmer\*innen aus Verbänden, Politik und Verwaltung sowie Wissenschaft erreicht. Den einführenden Vortrag zum Thema „Welche Infrastrukturpolitik braucht die Familie von morgen und ist die Politik darauf vorbereitet?“ hielt Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Direktorin des Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) Im Anschluss berichteten Emily Sawatzki und Amir Sallachi, Mitglieder des JugendExpert:innenTeams der Bertelsmann Stiftung, wie Kinder und Jugendliche gesellschaftliche Krisen und Umbrüche erleben. Am Nachmittag wurden drei Workshops unter dem Titel Gesundheit, Treffpunkte und Interkulturalität durchgeführt, die Journalistin und Autorin Sabine Rennefanz schloss mit einem kritischen Blick auf die nachhaltige Familienpolitik in Krisenzeiten die Tagung ab. Die ausführliche Tagungsdokumentation wurde im Herbst 2023 in kleiner Auflage gedruckt und steht auch auf der Webseite des ZFF zum Download bereit.

#### 6. Reformen im Familienrecht: Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht

Das Bundesministerium für Justiz legte für drei versprochene und längst überfällige Vorhaben Eckpunkte vor – zum Unterhalts-, Kindschafts- (u.a. Sorge- & Umgangs-) sowie Abstammungsrecht. Das ZFF hat sich mit dem Bündnis Sorgearbeit fair teilen anlässlich der Vorschläge zum Unterhalt geäußert. Diese sind aus unserer Sicht unausgereift, da sie Armut verschärfen und Konflikte nicht reduzieren werden. Insbesondere Frauen, die sich sowohl vor als auch nach der Trennung meistens mehr um die Kinder kümmern, geraten hier weiter unter Druck. Die Absichten im Kindschafts- und Abstammungsrechts begrüßen wir als ZFF grundsätzlich, allerdings bleiben die Vorschläge teilweise hinter unseren Erwartungen zurück. An einigen Punkten stellen sich für uns noch Fragen zur konkreten Ausgestaltung. Neben der Erarbeitung und Veröffentlichung von zwei Stellungnahmen (Kindschaftsrecht und Abstammungsrecht) beschäftigte sich das ZFF mit der evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) in einem Expert\*innenworkshop unter dem Titel „Quo vadis Familienrecht“ intensiv mit diesem Thema. Mit über 30 Vertreter\*innen aus Wissenschaft, Interessenvertretung, Politik und Beratung diskutierten wir die vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) vorgelegten Eckpunkte für eine Familienrechtsreform. Die Geschäftsführerin des ZFF, Sophie Schwab, moderierte den Workshop. Geplant ist, mit den Ergebnissen des Workshops weiterzuarbeiten und sich ggf. in das parlamentarische Verfahren einzumischen. Aber auch hier ist es ungewiss, wie es weitergeht: Bis zum Ende des Berichtszeitraums liegen für alle drei Rechtsgebiete noch keine Referent\*innenentwürfe vor.

## **B. Innerverbandliche Weiterentwicklung**

### **7. Mitgliederbetreuung**

Die Mitgliederzahl des ZFF sank im Berichtsjahr von 77 auf 75 Mitglieder. Zwar ist ein Zuwachs um drei Mitglieder zu verzeichnen, allerdings kündigten drei Vereine und zwei Einzelpersonen. Dieser Wechsel bot uns den Anlass mehr Energie auf die Pflege unserer Mitglieder aufzuwenden, sowie die Bemühungen für die Akquise neuer Mitglieder zu verstärken.

Unsere Mitglieder profitieren von unserer Expertise und unserem Engagement für Familien. Wir geben unseren Mitgliedern und somit den Nutzer\*innen ihrer Angebote eine Stimme und kämpfen für ihre Rechte. Wir stellen unseren Mitgliedern exklusiv Dienstleistungen wie Texte für eigene Lobby- oder Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Außerdem stehen wir bei der Konzipierung und Organisation politischer Fachveranstaltungen mit Rat und Tat zur Seite, bieten Politikberatung an und sind Multiplikator für gesetzliche Neuregelungen im Bereich Familie, sodass auch die Fachberater\*innen vor Ort auf dem aktuellsten Stand sein können. Außerdem haben unsere Mitglieder die Möglichkeit eigene Veranstaltungen oder Aktionen über unseren Newsletter zu verbreiten, der mittlerweile eine enorme Tragweite erreicht. Wir stützen uns aber auch auf Erfahrungen aus der Praxis und den Wissensschatz unserer Mitglieder, den wir selbstverständlich bei der Erarbeitung unserer Handlungsempfehlungen berücksichtigen. Um einen regelmäßigen Austausch zu stärken, plant die ZFF-Geschäftsstelle ab Frühjahr 2024 Online-Treffen, die ausschließlich ZFF-Mitgliedern zur Verfügung stehen. Dieses Format soll einem gegenseitigen Update darüber dienen, was zurzeit besondere Herausforderungen sind und wo dringender Unterstützungsbedarf besteht. Aber auch gegenseitige Wissensvermittlung sowie das Initiieren von Synergien und Vernetzung sollen ausreichend Raum erhalten.

### **8. Personalentwicklung**

In der Startphase der neuen Geschäftsführung von Sophie Schwab wurde sich ein Überblick über den vorliegenden Stellenplan verschafft und dieser mit den aktuell ausgeübten Tätigkeiten der einzelnen Mitarbeiterinnen abgeglichen. Das Ergebnis: Die neue Geschäftsführung sah sich verpflichtet, den Stellenplan des ZFF den realen Aufgaben, Tätigkeiten und Ansprüchen anzupassen. Entwicklungen in der Digitalisierung, neue Medien wie die Sozialen Medien, neue Themenfelder, neue Arbeitsbereiche/Netzwerke/Bündnisse, die insgesamt zu einer Arbeitsverdichtung führen, machen es erforderlich, Aufgabenbereiche bzw. die Stellenbeschreibungen zu korrigieren.

Das Arbeitsverhältnis der Beschäftigten der ZFF-Geschäftsstelle bestimmt sich auf Grundlage des Tarifvertrages des AWO Bundesverbandes, nachdem sie auch entsprechend vergütet werden sollen.

Der Vergleich der Ergebnisse der Mitarbeiterinnengespräche mit der Auflistung der sogenannten Heraushebungsmerkmale des AWO Tarifvertrages ergibt ganz klar, dass die Entgeltgruppe, in der die jeweilige Beschäftigte eingestuft ist, zu niedrig angesetzt ist. Denn die derzeitige Tätigkeit umfasst mehr sogen. Heraushebungsmerkmale als die ihr zugeordnete Entgeltgruppe beinhaltet. Alle Mitarbeiterinnen haben mittlerweile zusätzliche also umfangreichere Verantwortungsbereiche, höhere Anforderungen an ihre Tätigkeiten, z.T. im Laufe der Jahre angeeignete höhere Qualifikationen sowie eine insgesamt gesteigerte Arbeitsbelastung, die generell eine Höherstufung notwendig machen.

Zudem wurde in Gesprächen mit anderen Geschäftsführer\*innen von Wohlfahrtsverbänden und anderen Familienverbänden schnell deutlich, dass die Vergütung trotz vergleichbarer Tätigkeiten doch sehr unterschiedlich ausfällt.

Über diese Diskrepanz wurde auch in Gesprächen mit Mitarbeiter\*innen des BMFSFJ gesprochen. Es wurde deutlich, dass eine Überarbeitung der Stellenbeschreibungen samt einer Argumentation für die Anpassung sämtlicher Entgeltgruppen bei der nächsten Beantragung der Fördermittel im Dezember 2023 vorzulegen.

Außerdem hat das ZFF gemeinsam mit anderen Geschäftsführer\*innen der Arbeitsgemeinschaft für Familien die immer größer werdende Lücke zwischen Personalkosten-Zuwendung aus dem BMFSFJ und der tarifvertraglich orientierten Bezahlung sowohl bei Kontakt mit Mitarbeiter\*innen des BMFSFJ als auch mit Berichterstatte\*innen des Einzelplans 17 des Haushaltsausschuss des Bundestages angesprochen und für eine Verbesserung der Finanzierung über die Familienförderrichtlinie geworben. Hierbei ist die gemeinsam erarbeitete Forderung nach einer Dynamisierung der Zuwendung zentral. Weiterhin scheint für die Förderung die Orientierung an der Tabelle des BMF, in der nur Durchschnittswerte pro Entgeltgruppe angeben werden, keine sinnhafte Bemessung darzustellen, da dies bei langjährigen Mitarbeiter\*innen in höheren Stufen automatisch zu einer Unterfinanzierung führt. Bislang ist noch weder eine Dynamisierung in Sicht, noch eine Korrektur der BMF-Tabelle, also gehen die Anstrengungen auch in 2024 weiter.

Intern stand erneut ein Wechsel an: Im April 2023 verließ die Referentin Lisa Sommer das ZFF. Ihre Nachfolgerin wurde im Juni 2023 Lilly Schön. Über diese Änderungen im Stellenplan wurde das BMFSFJ i. V. m. dem BVA per E-Mail am 10.03.2023 und 03.05.2023 informiert.

### **C. Weitere Schwerpunkte der Arbeit**

#### 9. Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung

Die Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung gehört zu den Schwerpunkten der Arbeit des ZFF.

Zur geplanten Einführung einer Kindergrundsicherung äußerte sich das ZFF im September in einer Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend" Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung und zur Einführung weiterer Bestimmungen" und im November 2023 mit einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung.

Zum Selbstbestimmungsgesetz veröffentlichte das ZFF Ende Mai eine Stellungnahme zum Referentenentwurf, die im Juni leicht aktualisiert wurde. Im November 2023 erschien zum Entwurf eines „Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften“ eine weitere Stellungnahme.

Zu den geplanten Reformen im Familienrecht äußerte sich das ZFF in einer Stellungnahme anlässlich der vorgelegten Eckpunkte zur Reform des Kindschaftsrechts durch das Bundesministerium der Justiz (BMJ) und in einer weiteren Stellungnahme anlässlich der Eckpunkte des BMJ für eine Reform des Abstammungsrechts im Februar 2024.



## 10. Austausch mit politischen Akteur\*innen

Auch im Berichtszeitraum 23/24 stand das ZFF mit zahlreichen Akteur\*innen aus Politik und Verbänden im Austausch.

Das ZFF traf sich themenbezogen mit einer Reihe Mitgliedern des Bundestags und/oder ihren Mitarbeiter\*innen der Fraktion der SPD, des Bündnis 90/Die Grünen und der LINKE. Im Rahmen von Parlamentarischen Frühstück des Bündnis Sorgearbeit fair teilen, des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG sowie der Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen kam es auch zu Gesprächen mit Abgeordneten der Bundestagsfraktionen der FDP und CDU/CSU. Inhalt der Besprechungen waren aktuelle Entwicklungen rund um die familien- und sozialpolitischen Vorhaben der Bundesregierung. Ebenfalls war das ZFF an einigen Verbändegesprächen des BMFSFJ und/oder des BMF zum Thema Kindergrundsicherung, Reform der Familienförderrichtlinie oder Unterhaltsrecht beteiligt.

## 11. Vorbereitung der Fachtagung „Ohne Netz und doppelten Boden: Drahtseilakt Familien mit pflegebedürftigen Kindern“

Zentral bereiteten wir unsere Fachtagung „Ohne Netz und doppelten Boden – Drahtseilakt Familie mit pflegebedürftigen Kindern“ vor, die für den Juni des Jahres 2024 geplant ist. Wir wollen das Licht auf einen blinden Fleck werfen, denn eine Gruppe von Pflegenden wird häufig übersehen, steht aber besonderen Herausforderungen gegenüber: Familien mit pflegebedürftigen Kindern. Weder die Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern sind auf ihre besondere Situation zugeschnitten, noch passen sie mit ihren Bedarfen in das reguläre Pflegesystem, das vor allem auf die Altenpflege ausgerichtet ist. Wir wollen Rahmenbedingungen, Leistungen und Rechtsansprüche insgesamt auf den Prüfstand stellen und fragen, welche Verbesserungen Familien mit pflegebedürftigen Kindern benötigen. Wir vertreten die These, dass solche Nachbesserungen und Lösungswege allen Familien zugutekommen, in denen gepflegt wird.

## 12. Regelmäßige Veröffentlichung des Newsletters „ZFF-Info“

Als zentrales Instrument der Mitgliederbindung sowie der Präsenz in der politischen und fachpolitischen Öffentlichkeit erschien der Newsletter „ZFF-Info“ im Berichtszeitraum insgesamt 17 Mal. Dabei wurden aktuelle familienpolitische Entwicklungen zusammengefasst, teilweise kommentiert, Aktivitäten der Mitglieder vorgestellt sowie auf Fachveranstaltungen hingewiesen. Im Verteiler für den Newsletter befinden sich mittlerweile 745 Adressen.

## 13. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Um die thematischen und politischen Diskussionen und Einschätzungen einem breiten Adressatenkreis bekannt zu machen, wurden im Berichtszeitraum insgesamt 33 Pressemitteilungen verschickt, die z.T. in regionaler und überregionaler Presse aufgenommen wurden.

Seit 2021 sind wir unter @zff\_amilie auf der social-media Plattform Twitter – heute unter dem Namen X bekannt – vertreten. Seitdem kommentieren wir familienpolitische Entwicklungen und vernetzen uns mit Verbänden und anderen politischen Akteur\*innen. Anfang 2023 wurde der Facebook-Account wieder zum Leben erweckt und seit Sommer 2023 führt das ZFF auch einen Instagram Account.

Die ZFF-Geschäftsführerin Sophie Schwab und die Referentin Nikola Schopp veröffentlichten einen Artikel "(Ganztags-)Betreuungsangebote für (Grundschul-)Kinder – Das Patentrezept gegen Frauenarmut?" im TUP Sonderband 2023 „Reiches Land – arme Frauen“.

Die Referentin Lilly schön trug einen Artikel mit dem Titel „Die Gesellschaft ist auf pflegende Angehörige angewiesen“ zum Journal der Equal Pay Day Kampagne bei, das im Februar 2024 erschien.

Das ZFF wurde im Berichtszeitraum von mehreren Journalist\*innen für Presse-Statements angefragt: im „Westen“ erschien daraufhin im Juni 2023 ein Artikel unter dem Titel „Kindergrundsicherung: Familienverein macht Olaf Scholz Vorwürfe – „Etikettenschwindel““. Die ZFF-Vorsitzende Britta Altenkamp wurde zum Thema Kindergrundsicherung im August 2023 im „vorwärts“ interviewt und im Oktober 2023 erschien ein Statement der ZFF-Geschäftsführerin, Sophie Schwab, in der FAZ unter dem Titel „Neuer Streit ums Elterngeld“.

## **D. Weitere Aktivitäten**

### 14. Zusammenarbeit mit weiteren Akteur\*innen

Das Zukunftsforum Familie wirkt in verschiedenen Gremien von Dach- und Mitgliedsverbänden mit, um seine Positionen in diese Foren zu tragen und in der gemeinsamen Diskussion mit anderen Verbandsvertreter\*innen, Wissenschaftler\*innen und Politiker\*innen abzustimmen und weiterzuentwickeln.

In folgenden Gremien ist dies im Zuwendungszeitraum erfolgreich geschehen:

#### a. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (DV)

Das ZFF ist seit seiner Gründung in verschiedenen Gremien des DV vertreten, seit 2017 ist es auch eigenständiges Mitglied. Ziel der Teilnahme ist die Vermittlung eigener Positionen, die gemeinsame Diskussion von Gesetzesvorhaben und Themen im Kreis von (Familien-)Verbänden, Wissenschaft, Kommunal- und Ländervertreter\*innen sowie die Vereinbarung gemeinsamer Strategien.

- Fachausschuss Jugend und Familie (swb): Im Berichtsjahr hat sich der Fachausschuss v.a. mit folgenden Themen auseinandergesetzt: Umsetzungsbegleitung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG), Kindergrundsicherung, Reformprozess des SGB VIII, Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung, Erfüllung der Aufgaben der öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe bei der Umsetzung der Reformstufe 2 des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) sowie Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen
- Arbeitskreis Familienpolitik: Im Berichtsjahr hat sich der AK u. a. mit folgenden Themen beschäftigt: Familienarbeitszeit, Kindergrundsicherung, Unterhaltsrecht, Familienberatung
- AG Kindergrundsicherung: darüber hinaus nahm die Referentin Nikola Schopp an der AG Kindergrundsicherung des DV teil. In mehreren Sitzungen erarbeitete die Expert\*innen-gruppe ein umfangreiches Papier zur Kindergrundsicherung mit dem Titel „Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur Ausgestaltung einer Kindergrundsicherung“, das am 21. Juni vom Präsidium des Deutschen Vereins verabschiedet wurde.

#### b. Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Das ZFF ist korporatives Mitglied der AWO und ist in verschiedenen Gremien aktiv eingebunden.

- Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugend- sowie Frauenpolitik des AWO Bundesverbandes e. V.: In ihrer Funktion als Stellvertretende Präsidentin des AWO Bundesverbandes leitet die ZFF-Vorsitzende Britta Altenkamp den Ausschuss. Das ZFF wird hier darüber hinaus vertreten durch Birgit Merkel (stellv. ZFF-Vorsitzende) sowie Sophie Schwab (ZFF-Geschäftsführerin). Der Fachausschuss hat im Berichtszeitraum drei Mal getagt und sich v.a. mit der Konkretisierung der Position zum Thema Schwangerschaftsabbrüche, der Entwicklung eines Papiers zum Thema Familienbildung, dem Selbstbestimmungsgesetz sowie dem Thema Vereinbarkeit Familie, Pflege und Beruf befasst.
- Bundesausschuss: Birgit Merkel (stellvertretende Vorsitzende) nahm für das ZFF an der ersten Sitzung im Jahr 2023 des AWO-Bundesausschusses teil und Jürgen Tautz (Beisitzer im ZFF-Vorstand) beteiligte sich an der zweiten Sitzung. Beide haben das ZFF als korporatives Mitglied der AWO dort vertreten. Fokus dieses Jahr auf beiden Terminen war der Organisationsentwicklungsprozess und die damit einhergehenden Zukunftsdialoge des AWO Bundesverbandes. Die Entwicklung der Inhalte des Themenjahres Demokratie. Macht. Zukunft, an dem sich sämtliche Gliederungen der AWO engagieren sollen sowie der neue Methodenkoffer zum Grundsatzprogramm.

#### c. Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF)

Seit Januar 2023 ist das ZFF auch Teil der AGF. Neben zahlreichen Mitgliedertreffen, Veranstaltungen und Besprechungen wurden auch viele Diskussionspapiere und Pressemitteilungen gemeinsam erarbeitet und veröffentlicht. Auch hier war die Einführung der Kindergrundsicherung ein wichtiges Thema, des Weiteren hat sich die AGF u.a. mit folgenden Aspekten beschäftigt: Umsetzung der europäischen Kindergarantie, Diskussion um die Änderungen beim Elterngeld, die Forderung nach einem Nationalen Bildungsgipfel, Familie und Wohnen, Reform des Sorge- Umgangs- und Unterhaltsrechts, zur EU-Elternschaftsverordnung sowie dem zweiten Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

#### d. Bundesforum Familie

Im Berichtsjahr schloss das Bundesforum Familie seine zweijährige Themenphase „Unterstützungsstrukturen für Familien“ ab und bereitete den Beginn der neuen Themenphase „Familien und Klima“ vor. Das ZFF engagiert sich weiter aktiv an dem Netzwerk und wurde durch die stellvertretende ZFF-Vorsitzende Birgit Merkel und die Referentin Lilly Schön vertreten. Das ZFF beteiligte sich mit einem eigenen Vorschlag für die neue Themenphase zum Thema „Familien im Umbruch“ und stellte diesen auf der Mitgliederversammlung vor.

#### e. Bündnis Kindergrundsicherung

Das Bündnis Kindergrundsicherung traf sich im Jahr 2023 in mehreren und intensiven Bündnis-sitzungen. Ebenfalls wurden ab Erscheinen der Referentenentwürfe zur Kindergrundsicherung regelmäßige digitale Treffen zum besseren Verständnis der Vorhaben der Bundesregierung und gemeinsamen Positionsfindung abgehalten. Auch veröffentlichte das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG im Berichtsjahr 8 gemeinsame Pressemitteilungen.

Um unser Wissen und unsere Expertise nochmal in größerem Umfang etwas zu verbreiten, haben wir gemeinsam mit dem Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG Papiere zu den Schnittstellen Migration, Unterhalt/Trennungsfamilien, Sicherung des Existenzminimums und veröffentlicht.

Um sie direkt an die Politik zu adressieren, veranstaltete das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG Ende September 2023 ein Parlamentarisches Frühstück im Deutschen Bundestag. Das ZFF war auf diesem Frühstück federführend für die Themen Kindergrundsicherung und Migration und Höhe der Kindergrundsicherung zuständig, die an verschiedenen Thementischen näher beleuchtet wurden.

Gegen die in der Gesellschaft z.T. weiterhin bestehenden Vorurteile gegenüber Familien, die Armut erfahren, haben wir uns mit dem Bündnis geäußert. Mit einer Kampagne hat das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG in reger Öffentlichkeitsarbeit mit Mythen aufgeräumt.

Die Schnittstellenpapiere, Pressemitteilungen und Informationen zur Kampagne stehen hier zum Download <https://kinderarmut-hat-folgen.de/> bereit.

Durch die erneute Diskussion über die Administration der Kindergrundsicherung Anfang des Jahres 2024, erarbeitete das Bündnis das Papier „Neustart familienfreundliche Verwaltung - Impulspapier des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG zum Vollzug der geplanten Kindergrundsicherung“. Das ZFF war federführend an dessen Erstellung beteiligt. Das Papier ist derzeit noch nicht veröffentlicht.

#### f. Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum

Auch in 2023/2024 beteiligte sich das ZFF intensiv an den Diskussionen und Gesprächen im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum. Im Zentrum stand dabei das anhaltende Misstrauen gegenüber Bürgergeldempfänger\*innen, drohende Heizkostenüberbelastung für arbeitsbetroffene Haushalte, die drohende Nullrunde beim Bürgergeld und weiterhin die Diskussion um die Ausgestaltung einer Kindergrundsicherung.

#### g. Nationale Armutskonferenz (nak) / Ratschlag Kinderarmut

Der Ratschlag Kinderarmut blieb im Berichtsjahr ebenfalls sehr aktiv. Im Juni 2023 veranstaltete der Ko-Kreis des Ratschlags unter Federführung des ZFF und der Caritas ein Vernetzungstreffen in Berlin auf dem auch der Appell „Haltung zeigen gegenüber Kindern, Jugendlichen und Familien: Menschen in Armutslagen vorurteilsfrei begegnen!“ verabschiedet und veröffentlicht wurde. Insgesamt 51 Organisationen haben den Appell unterzeichnet. Neben der intensiven Vor- und Nachbereitung des Treffens, moderierte die ZFF- Geschäftsführerin, Sophie Schwab, den gesamten Veranstaltungstag. Auf dem Vernetzungstreffen berichteten u.a. das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG und das Deutsche Kinderhilfswerk über die derzeitigen politischen Entwicklungen/Vorhaben im Bereich Kinderarmut. Ebenfalls berichteten Jugendexpert\*innen des Peer2Politics Projekts der Bertelsmann-Stiftung: Jugendliche sprechen mit anderen Kindern und Jugendlichen darüber, was sie für ein gutes Leben brauchen, welche Sorgen sie umtreiben und bei welchen Themen sie selbst befragt und mitgestalten möchten. Am Nachmittag tauschten sich die Teilnehmenden an vier Thementischen anschließend über Fragen der materiellen Absicherung, Bildung, Gesundheit und mit dem Fokus auf Jugendliche und junge Erwachsene aus, formulierten Probleme und Handlungsnotwendigkeiten, die der Ratschlag in seiner zukünftigen Themensetzung aufgreifen könnte.

Derzeit plant der Ko-Kreis des Ratschlags Kinderarmut ein neues Vernetzungstreffen im Frühsommer 2024, bei dem sich das ZFF am Ende des Berichtsjahres an der Vorbereitung intensiv beteiligt hat. Ebenfalls ist die Verabschiedung eines gemeinsamen Appells geplant.

Das ZFF arbeitete auch im Berichtsjahr in der Delegation der AWO in der nak mit. Im Fokus stand dabei die Unterstützung des Berichts von Dunja Mijatović, der Kommissarin für Menschenrechte des Europarates „Zugang zu sozialen Rechten/sozialer Absicherung in Deutschland“, sowie die Erstellung des Schattenberichts.

#### h. Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“

Das ZFF engagiert sich weiter aktiv im Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis, an dem u. a. Frauenverbände, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligt sind, hat zum Ziel, die geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu fördern. Im Berichtszeitraum beteiligte sich die Referentin Lilly Schön an regelmäßig stattfindenden Bündnisrat-Sitzungen, bei denen u. a. Pressemitteilungen, Positionierungen, Fact Sheets und Offene Briefe vorbereitet wurden. Außerdem wurde dort die strategische Ausrichtung des Bündnisses vorgenommen.

Im März 2023 lud das Bündnis zu einem parlamentarischen Frühstück ein, in Vorbereitung wurden Positionierungen zu den Themen „Reform des Elterngeldes“, „Einführung einer Individualbesteuerung“ und „Lohnersatzleistung für Pflegende“ erarbeitet. Im Sommer forderte das Bündnis in einer Positionierung die Einführung der Familienstartzeit und richtete sich in einer Pressemitteilung an die Konferenz der Gleichstellungsminister\*innen 2023 mit der Bitte, dass sich diese für Maßnahmen zur fairen Verteilung von Sorgearbeit einsetzen. Im September richtete sich das Bündnis in einem Offenen Brief an politische Verantwortliche und forderte bei den anstehenden Haushaltsberatungen mehr Haushaltsmittel für gleichstellungspolitische Vorhaben einzuplanen. Ende des Jahres 2023 wurde eine Halbzeitbilanz der Arbeit der Bundesregierung in Bezug auf Maßnahmen, die zur fairen Verteilung von Sorgearbeit beitragen, erstellt und es musste konstatiert werden, dass bislang keine der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen umgesetzt wurde. Außerdem positionierte sich das Bündnis zu der geplanten Reform des Unterhaltsrechts. Zudem wurde innerhalb des Berichtszeitraums ein Factsheet zum Thema „Hürden für die faire Verteilung unbezahlter Sorge- und Hausarbeit“ und eine tiefere Positionierung zur informellen Pflege vorbereitet.

#### 15. Teilnahme an Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum haben die Mitarbeiterinnen des ZFF an einer ganzen Reihe von Gesprächen, Tagungen und Konferenzen teilgenommen, auch in der Funktion von Vortragenden: Neben bereits o.g. Tagungen war das ZFF gefragt als Inputgeberin zum Thema Kinderarmut bspw. in der Delegiertenversammlung der nak, zur Kindergrundsicherung bei der LAG Kinder, Jugend und Familie des LV Brandenburg von B90/Die Grünen sowie beim Koordinierungsausschuss der ver.di-Gruppe „Erwerbslose“. Zum Thema „Was brauchen Familien heute?“ beim AWO-Fachtag in Magdeburg hielt Sophie Schwab einen Vortrag sowie zum Thema „Familien brauchen ein Zuhause“ auf dem Jahresempfang des AWO LV Berlin. Bei einem Online-Format der Heinrich-Böll-Stiftung sowohl zum Thema Kindergrundsicherung als auch zum Thema Elterngeld wurde das ZFF als aktiver Part dazu gebeten. Zum Thema „Ausgestaltung eines Familienpflegegeld“ gab Lilly Schön auf der Fachtagung des Ökonominen-Netzwerks efas einen Input.

### III. Erfahrungen und Ergebnisse

Die andauernden Umbrüche haben unsere Gesellschaft und ihre Familien fest im Griff. Die Corona-Krise und damit einhergehende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben Kinder, Jugendliche und ihre Familien herausgefordert: Angesichts (teil-)geschlossener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen stieg die Belastung familiär zu erbringender Sorgearbeit und das Wohlbefinden von Familienmitgliedern sank. Aber auch Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Angebote ambulanter Pflegedienste oder Tageseinrichtungen kamen immer wieder an ihre organisatorischen und personellen Grenzen. Umso unerklärlicher erschien uns der Entwurf für den

Bundeshaushalt, den die Bundesregierung im Sommer ins parlamentarische Verfahren gab: durch den Entwurf drohten der Freien Wohlfahrtspflege Kürzungen und Streichungen in Höhe von insgesamt 25 Prozent. Aber nicht nur beim Thema Haushalt waren wir mit den Auseinandersetzungen der Ampel-Parteien konfrontiert, schon seit Frühjahr 2023 liegt ein Referentenentwurf zur Familienstartzeit brach, der neuen Schwung in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringen könnte. Ähnliches erleben wir mit der Kindergrundsicherung: hier werden die Uneinigkeiten in der Ausgestaltung einer solchen Leistung auf dem Rücken von Millionen armen Kindern und ihren Familien ausgetragen. Allenfalls das Selbstbestimmungsgesetz ist beschlossen worden – allerdings in einer abgeschwächten Form, die wir so nicht vollends begrüßen können. Dieser Reformstau löste in der Zivilgesellschaft großen Frust aus, dem sich versucht wurde Luft zu verschaffen in Form von gemeinsamen Initiativen wie Offenen Briefen oder Appellen an die Ampel-Regierung. Das Berichtsjahr 03/2023 – 02/2024 war für das ZFF daher verbandspolitisch sehr turbulent. Wir werden uns auch weiterhin lautstark einmischen und für bessere Rahmenbedingungen für Familien kämpfen – sie brauchen es jetzt dringend.

Auch intern wurde die ZFF-Geschäftsstelle in dieser Zeit vor einige Herausforderungen gestellt. Die neue Geschäftsführerin, Sophie Schwab war erst frisch im Amt und kurz nach ihrem Eintritt gab es einen weiteren Personalwechsel bei den Referentinnen, durch den zeitweise die Geschäftsstelle unterbesetzt war mit der Konsequenz, dass das Arbeitspensum einzelner Mitarbeiterinnen zwischenzeitlich enorm anstieg. Dennoch lässt sich abschließend sagen, dass der Mix an routinierten, lang im ZFF angestellten und neu dazu gekommenen Kolleginnen die Arbeit des familienpolitischen Fachverbandes beflügelte und der schmale Grat zwischen dem Beschreiten neuer Pfade und dem etablieren gewohnter Wege gelungen ist.

## **IV. Schlussfolgerungen und Perspektiven**

Mit dem Wechsel in das kommende Berichtsjahr werden nun einige Vorhaben aus dem Bundesjustizministerium zu einzelnen Aspekten des Familienrechts sicherlich in das weitere parlamentarische Verfahren gehen. Diese Gleichzeitigkeit stellt das ZFF vor die Aufgabe, mehrere Bälle parallel jonglieren zu müssen: die Reform zum Unterhaltsrecht, zum Kindschaftsrecht, zum Abstammungsrecht und die Einführung der Verantwortungsgemeinschaft. Aber da die Reformen für das ZFF von großer Bedeutung sind, nehmen wir die Herausforderung gerne an und werden sie kritisch zu begleiten. Außerdem bietet das dem ZFF die Chance, die eigene familienrechtliche Expertise zu stärken und Positionen zu schärfen. Darüber hinaus hofft das ZFF noch immer auf die Einführung der Familienstartzeit und wird eifrig das oben beschriebene Vorhaben umsetzen. Ebenso sind wir gespannt auf unsere Fachtagung im Sommer 2024, mit der wir ebenfalls das Themenspektrum unserer Arbeit erweitern.

Auch wenn innerhalb des ZFFs vieles sehr gut läuft, beobachten wir jedoch mit Irritation, dass Zusammenschlüsse und Bündnisarbeit immer schwerer werden: Absprachen werden unverbindlicher, komplizierter und Solidarität ist seltener zu spüren. Mit großer Wahrscheinlichkeit liegt das an den weiter schrumpfenden Ressourcen, die Angst um die eigene Existenz auslösen und sich selbst zum Nächsten werden lassen: Fördermittel werden gekürzt oder komplett gestrichen, Mitgliederzahlen sinken, aber zeitgleich ist immer mehr zu tun – immer mehr Arbeit verteilt sich auf wenige Schultern. Die Debatten um den nächsten Bundeshaushalt lassen nichts Gutes ahnen. Nicht nur Individuen, sondern auch wir als Organisationen werden alltäglich von finanziellen Sorgen begleitet. Das alles zusammengenommen hat Auswirkungen auf das Stresslevel und das wiederum auf das gemeinsame Arbeiten, das miteinander kämpfen.

Mit Sorge blicken wir auch auf die sich weiter polarisierende Gesellschaft. Auf der einen Seite begrüßen wir, dass sich anlässlich des Bekanntwerdens eines Treffens von Rechtsextremisten in Potsdam und der dort diskutierten „Abschiebe-Vorhaben“, sich über eine Millionen Menschen bundesweit gegen Fremdenfeindlichkeit einsetzen, lautstark demonstrieren und Kundgebungen organisiert haben. Gleichzeitig beobachten wir jedoch kritisch, dass Parteien wie die AfD und das Bündnis Sarah Wagenknecht weiterhin breite Zustimmung erfahren - insbesondere bei jungen Menschen. Es bleibt abzuwarten, in welche Richtung sich das bei den bevorstehenden Landtagswahlen und der EU-Wahl entwickeln wird. Dass angesichts dieser Gemengelage, Projekte für bessere politische Bildung keine angemessene Finanzierung erfahren, Sozialleistungen keinem vernünftigen Inflationsausgleich unterzogen werden und eine echte Kindergrundsicherung weiter auf sich warten lässt, ist unbegreiflich. Daher werden wir auch mit Angst um unsere Demokratie und soziale Gerechtigkeit erneut auf die Verhandlungen zum Bundeshaushalt ein kritisches Auge werfen und uns aktiv für eine gerechte Unterstützung der Menschen sowie eine ausreichende Finanzierung von demokratischen Organisationen und Projekten engagieren.

Das Steckenpferd des ZFF – die Kindergrundsicherung – und die geplante Umsetzung werden wir ebenso weiterhin kritisch begleiten. Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass die Überwindung von Kinder- und Familienarmut nachhaltig gelingt. Gleichbedeutend ist für uns die Ausgestaltung sozial- sowie geschlechtergerechter und vielfaltssensibler Rahmenbedingungen für die Übernahme von Sorgearbeit. Hier ist neben der bereits genannten Einführung der Familienstartzeit die Modernisierung der Familienbesteuerung zu nennen, durch die die Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV überführt werden sollen sowie einer Lohnersatzleistung für Pflegenden An- und Zugehörige. Ebenso erwarten wir die dringend notwendige Einführung der Steuergutschrift für Alleinerziehende. Wir machen es uns daher zur Kernaufgabe im Gespräch mit Mitarbeiter\*innen der zuständigen Ministerien oder Mitgliedern des Bundestages zu bleiben und weiter auf deren Umsetzung bzw. Reformen hinzuwirken. Dabei machen wir unsere Forderungen sowie Zielvorstellungen in diesen gleichstellungs- sowie familienpolitischen Bereichen deutlich.